

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 16.11.2009

EU-Strukturförderung in Niedersachsen: erfolgreich, zielgenau, innovativ, verlässlich - heute und in Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Niedersachsen profitiert erheblich von der Strukturförderung der Europäischen Union und erhält im Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt rd. 2,6 Mrd. Euro und damit rd. 1 Mrd. Euro mehr Fördermittel als in der vorangegangenen EU-Förderperiode. Von den 2,6 Mrd. Euro entfallen rd. 1,2 Mrd. Euro auf den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), rd. 0,5 Mrd. Euro auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) und rd. 0,9 Mrd. Euro auf den Europäischen Fonds zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Die EU-Strukturförderung ist ein echtes „Konjunktur- und Wachstumsprogramm“ für Niedersachsen. Allein mit den rd. 1,2 Mrd. Euro, die Niedersachsen bis 2013 aus dem EFRE zufließen, werden Projekte realisiert, die zusammen mit den Folgeinvestitionen aus der Wirtschaft und den Kommunen ein Gesamtvolumen von 3 bis 4 Mrd. Euro haben. Dieses Geld wird ausschließlich nach qualitativen Gesichtspunkten vergeben und damit zielgenau verteilt.

Die Strukturförderung in Niedersachsen ist besonders innovativ und stark auf die Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ausgerichtet. So fließen allein aus dem Programm „Regionalisierte Teilbudgets“ rd. 130 Mio. Euro für Investitionen und Arbeitsplätze in kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Der Bindungs- und Auszahlungsstand der Strukturförderprogramme ist zwei Jahre nach dem Beginn der EU-Förderperiode sehr hoch. Im Bereich EFRE und ESF sind bereits knapp 60 % der EU-Mittel bewilligt und verplant und bilden eine verlässliche Grundlage für private und öffentliche Investitionen. Über 220 Mio. Euro EFRE- und ESF-Mittel sind bereits ausgezahlt und haben einen bedeutenden Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Niedersachsen geleistet.

Im kommenden Jahr wird die Landesregierung auf der Basis eines Evaluierungsberichts eine Halbzeitbilanz für die laufende EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 ziehen. Sie wird dabei die einzelnen Programme bezüglich ihrer Wirkungen zur Erreichung der gesteckten Ziele bewerten und gegebenenfalls eine Neujustierung vornehmen. Außerdem ist zu erwarten, dass die neue Europäische Kommission Ende des kommenden Jahres mit dem 5. Kohäsionsbericht die ersten Vorschläge für die inhaltliche Ausgestaltung der kommenden EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 vorlegen wird.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung im Rahmen ihrer Halbzeitbilanz,

- weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt auf die Förderung von Leuchtturmprojekten durch den EFRE zu legen und
- den Übergang von der Schule in die betriebliche Ausbildung im dualen System auch zukünftig aus dem ESF zu unterstützen und den zusätzlichen finanziellen Spielraum der Konvergenzförderung in der Region Lüneburg zu nutzen, um dort in erhöhtem Maße entsprechende Modellprojekte über den ESF zu fördern.

Mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 bittet der Landtag die Landesregierung, sich gegenüber der Europäischen Kommission einzusetzen für

- die flächendeckende Weiterführung der Ziel-2-Förderung (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung),
- die Einführung eines Übergangsziels für diejenigen Regionen, die, wie die Region Lüneburg, aus der Ziel-1-Förderung (Konvergenz) herausfallen. Die Mittel für diese Übergangsregionen sind aus dem Ansatz für die Ziel-1-Förderung bereitzustellen;
- eine Fortsetzung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Strukturförderung im Rahmen des Ziels 3,
- eine Fortführung der Gemeinsamen Agrarpolitik mit der Förderkomponente zur Entwicklung der ländlichen Räume,
- die Beibehaltung des Systems der geteilten Mittelverwaltung mit der Programmierung und Umsetzung auf regionaler Ebene,
- den Erhalt der beihilferechtlichen Grundlagen für die einzelbetriebliche Förderung von Unternehmen nach 2013 und damit für die bewährten Förderinstrumente regionaler Wirtschaftspolitik und
- eine Vereinfachung der Vorschriften für den Fördermitteleinsatz und die Fördermittelverwaltung.

Begründung

Es gibt Anzeichen, dass die Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedstaaten sowie neue politische Prioritäten insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Außen- und Sicherheitspolitik für die Gemeinsame Agrarpolitik und die EU-Strukturförderung, die derzeit zusammen über 80 % des EU-Finanzrahmens belegen, ab 2014 bis 2020 zu einer Kürzung der Mittel führen. Gleichzeitig ist eine Umverteilung von Strukturfondsmitteln zugunsten von strukturschwachen Regionen erkennbar.

Aus diesen Gründen werden Projekte, die eine nachhaltige Entwicklung Niedersachsens fördern, besonders wichtig sein. Großprojekte wie der JadeWeserPort in Wilhelmshaven, der Innovationsinkubator der Universität Lüneburg, der Offshore Basishafen in Cuxhaven oder die Alaskalandschaft Yukon-Bay im Zoo Hannover stellen solche Investitionen dar. Es ist richtig, diese Projekte - zumindest teilweise - aus dem EFRE zu finanzieren. Im Rahmen der Halbzeitbilanz zur laufenden EU-Förderperiode sollten vermehrt neue Leuchtturmprojekte im Bereich EFRE angeschoben werden.

Ebenso wichtig ist es, benachteiligte junge Menschen beispielsweise über die Förderprogramme „Jugendwerkstätten“ und „Pro-Aktiv-Zentren“ bei der Eingliederung ins Berufsleben zu unterstützen. Darüber hinaus sollten Angebote für alle Jugendlichen erprobt und durch den ESF gefördert werden.

Mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 wird es darum gehen, niedersächsische Interessen frühzeitig gegenüber der Europäischen Kommission, den anderen Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, aber auch gegenüber anderen Bundesländern zu vertreten. Hier sind neben der Landesregierung auch der Landtag und die Kommunen gefordert.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender